



Gewalt gegen Polizei- und Justizbeamte

Von Kai Christ, Landesvorsitzender der GdP Thüringen

Am 3. 12. 2015 informiert das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales darüber, dass bis zu diesem Datum bereits 346 Thüringer Polizeibeamte im Dienst verletzt wurden. Am 30. 12. 2015 werden zwei Thüringer Polizeibeamte bei einer alltäglichen Diensthandlung durch eine größere Anzahl Personen an der Durchführung dieser Diensthandlung behindert. Die Behinderung gipfelte darin, dass ein Kollege durch die Verwendung einer Schreckschusswaffe und Schläge ins Gesicht verletzt wurde. In der Justizvollzugsanstalt Tonna kommt es am 31. 12. 2015 zu einem Übergriff durch Häftlinge gegen Bedienstete, wobei zwei Kollegen verletzt werden. In der Silvesternacht kommt es in Köln und anderen deutschen Städten zu Übergriffen auf Frauen durch eine Vielzahl von Tätern. Die Tatbestände reichen von Diebstahl über Raub bis hin zu Sexualdelikten. Dieser kurze Auszug aus den letzten Dezembertagen 2015 macht deutlich, dass die Gewaltbereitschaft in bestimmten Bereichen der Bevölkerung in Deutschland und eben auch in unserem vermeintlich beschaulichen Thüringen deutlich gestiegen ist. Der Bundesvorsitzende der DPoIG forderte in der Tagesschau eine modernere, intelligente Videoüberwachung an gefährdeten Orten, um Vergehen wie in der Silvesternacht in Köln zu begegnen.

Für mich ist das ganz klar der falsche Ansatz. Prävention ist die edelste Aufgabe eines Schutzmannes, das habe ich in meiner Ausbildung vor 25 Jahren mal gelernt. Genau zu dieser Prävention sind wir in Thüringen schlicht nicht mehr in der Lage. Die Verkehrsprävention liegt in der Thüringer Polizei so gut wie brach, Kriminalitätsprävention durch motorisierte Streifen oder Fußstreifen gehören schon fast in das Reich der Mythen und Sagen. Nach meiner Ansicht verhindert Videoüberwachung nicht dass Täter handeln, aber Polizeibeamte und Funkwagen auf der Straße in ausreichender Zahl, das wirkt abschreckend auf Personen, die eine

Straftat begehen wollen. Daraus folgt: Es führt kein Weg daran vorbei, die Zahl der Polizisten, die zum Einsatz kommen können, muss erhöht werden.

In den Justizvollzugsanstalten in Thüringen stellt sich die Situation nicht ganz so einfach dar. Öffentlichkeitsarbeit ist in den sensiblen Bereichen von Justizvollzugsanstalten scheinbar nicht vorgesehen. Der Personalabbau, der vor Jahren durch eine andere Landesregierung beschlossen wurde, hinterlässt natürlich seine Spuren. Die werden aber eben nicht öffentlich, noch nicht! Mit der Einführung des Thüringer Justizvollzugsgesetzbuches vom 27. 2. 2014 haben Bedienstete der JVAen ein deutlich erhöhtes Aufgabenspektrum. Die Regelungen des dritten, vierten und fünften Abschnittes des ThürVollzGB sind, sollten sie aus Personalmangel nicht eingehalten werden, sehr geeignet, durch Gefangene eingeklagt zu werden. Dann hätte das Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz die Öffentlichkeit, die es vermutlich eher nicht möchte. Die Kollegen in den Justizvollzugsanstalten in Thüringen geben alles dafür, dass es für Gefangene keine Klagegründe gibt. Aber wie lange sind die verbliebenen Bediensteten noch in der Lage, die anstehenden Aufgaben allumfassend zu erfüllen? Die GdP Thüringen fordert den Personalabbau im Bereich der Justiz zu beenden!, die Einstellungszahlen zu erhöhen und aus der Thüringer Justiz eine attraktive Justiz zu machen, in der Frau und Mann gerne arbeiten möchte!

Weder zu dem Ereignis in der Thüringer Polizei in den Abendstunden des 30. 12. 2015, noch zu dem in der JVA Tonna am 31. 12. 2015 wurde den betroffenen Kollegen ein Kriseninterventionsteam (KIT) angeboten. Die Angehörigen der KITs in Polizei und Justiz würden nichts lieber tun, als unseren Kollegen zur Seite zu stehen und unsere Kollegen haben die Unterstützung in der Regel durch Peers/Ersthelfer der Krisenintervention nach möglicherwei-

se traumatischen Ereignissen unbedingt verdient. Krisenintervention muss zum Schutz der Gesundheit unserer Kollegen endlich auf funktionierende Beine gestellt und praktiziert werden.

Die „Konzeption der Thüringer Polizei zur Betreuung von Polizeibeamten nach besonders belastenden beruflichen Ereignissen“ stammt aus dem Jahr 2005. Sie sieht unter anderem vor, dass sich Beamte nach belastenden Ereignissen selbst an den polizeipsychologischen Dienst wenden können oder der Vorgesetzte entsprechende Maßnahmen anbieten soll. Der GdP ist nicht bekannt, dass diese Konzeption mal evaluiert worden wäre. Belastende Ereignisse gibt es ständig. Hat sich denn auf Seiten des Dienstherrn schon mal jemand Gedanken über mögliche Spätfolgen belastender Ereignisse gemacht? Hat sich der Polizeipsychologische Dienst schon mal mit der Wirksamkeit der Konzeption beschäftigt?

Der letzte Satz der Konzeption lautet: „Für alle Polizeibeamten sind wiederholt Fortbildungsmaßnahmen anzubieten. Bei einem Blick in den Seminarplan 2016 des Bildungszentrums der Thüringer Polizei sucht man den Begriff „Krisenintervention“ vergeblich. Nur bei der Polizeiseelsorge wird man fündig. Hilfe bietet auch ständig die Selbsthilfegruppe „Belastende Ereignisse“ um Michael Engelhardt an. Sie ist nach dem Amoklauf am Erfurter Gutenberg-Gymnasium entstanden und arbeitet aktiv.

Krisenintervention funktioniert, wenn sie (ja wenn sie denn) angeboten und angenommen wird. Die Informationswege sind festgelegt, der polizeipsychologische Dienst mit den Kriseninterventionsteams steht bereit und die Selbsthilfegruppe bietet ihre Unterstützung an. Aber wirkt denn das alles auch? Dass man etwas nicht sieht, heißt ja nicht, dass es nicht vorhanden ist. Unsere Uniformen alleine schützen uns eben weder vor körperlichen noch vor seelischen Verletzungen!

Euer Landesvorsitzender



Studie zur Außenwahrnehmung vorgestellt

Erfurt (wg) – Der Thüringer Landtag hatte eine Studie zur Außenwahrnehmung des Parlaments in Auftrag gegeben. Am 12. November 2015 wurden die Ergebnisse in einer Pressekonzferenz bekannt gemacht. Wichtigste Aussage ist, 65 Prozent der Thüringer bewerten die Arbeit der Thüringer Landtagsabgeordneten seit der Wiedervereinigung als sehr gut bzw. gut. Die Studie war auch Thema eines Symposiums mit dem Titel „Parlament im Wandel“ am 17. November 2015.

Mit viel Interesse verfolgte die GdP die Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung im Freistaat Thüringen zur Außenwahrnehmung des Thüringer Landtags. Die Studie wurde in Zusammenarbeit mit dem Meinungsforschungsunternehmen dimap erstellt. Sie dokumentiert Trends, wie die Arbeit der Abgeordneten von den Bürgern wahrgenommen wird. Die Ergebnisse zeigen, dass die Bürgerinnen und Bürger großen Anteil an der parlamentarischen Arbeit des Landtags und der Abgeordneten nehmen.

Die Umfrage zeigt bezüglich des politischen Interesses junger Menschen auch bedenkliche Werte. Florens Mayer (Geschäftsführer dimap) äußerte: „Die Befragten unterteilen sich hinsichtlich ihres Interesses an Landespolitik in drei Gruppen: Mehr als die Hälfte nehmen großen Anteil am politischen Geschehen in Thüringen und gehen in der Regel zu allen

sich sehr stark bzw. stark für die Thüringer Landespolitik. Bei den 18- bis 24-Jährigen ist es nur jeder Vierte. Der Bundestag ist wichtiger als Landtag und Europäisches Parlament.

Die Entscheidungen, die im Bundestag und im Stadt- bzw. Gemeinderat getroffen werden, sind in den Augen der meisten Thüringer deutlich wichtiger als Entscheidungen des Europäischen Parlaments. Weiterhin wünschen sich die Bürger mehr Mitbestimmung. Jeder zweite Befragte ist der Auffassung, dass die Wahlbeteiligung steigen würde, wenn sich die Bürger stärker direkt an politischen Entscheidungen beteiligen könnten. Jüngere Befragte sehen die Medien in der Pflicht.

42 Prozent der 18- bis 24-Jährigen sind der Meinung, die Medien müssten mehr über politische Inhalte informieren, um die Wahlbeteiligung künftig zu steigern. Sehr erstaunlich ist, dass junge Thüringer ihren Abgeordneten nicht kennen. Nur 13 Prozent der unter 25-Jährigen kennen ihren Wahlkreisabgeordneten mit Namen.

Fast jeder zweite Befragte ist der Meinung, dass ein Thüringer Landtagsabgeordneter am stärksten der gesamten thüringischen Bevölkerung verpflichtet sein sollte. Jeder Vierte sieht die Abgeordneten zu allererst in der Pflicht ihrer Wahlkreise. Die Glaubwürdigkeit, Sachkompetenz und Bürgernähe, diese drei Eigenschaften sind für fast alle Befragten bei einem Abgeordneten wahlentscheidend. Welcher Partei ein Kandidat angehört, ist 42 Prozent der Befragten in Thüringen sehr wichtig bzw. wichtig.



Wahlen. Gut ein Drittel interessiert sich wenig stark für Politik im Freistaat, beteiligt sich jedoch an einzelnen Wahlen. Zehn Prozent der Befragungsteilnehmer zeigen leider überhaupt kein Interesse an Landespolitik.“

Im Rahmen des Symposiums „Parlament im Wandel“ diskutierten im Plenarsaal des Thüringer Landtags unter Leitung von Landtagspräsident Christian Carius Wissenschaftler, Medienvertreter und weitere Teilnehmer über die Weiterentwicklung der parlamentarischen Demokratie. Folgende Kernpunkte stellten sich heraus. Das politische Interesse ist stark altersabhängig. Zwei Drittel der Befragten, die 65 Jahre und älter sind, interessieren



Landtagspräsident Carius auf dem Symposium.

Foto: Gäbler

 **DEUTSCHE POLIZEI**
Ausgabe: **Landesbezirk Thüringen**

Geschäftsstelle:
Auenstraße 38 a
99089 Erfurt
Telefon: (0361) 59895-0
Telefax: (0361) 59895-11
E-Mail: gdp-thueringen@gdp.de

Redaktion:
Edgar Große (v.i.S.d.P.)
LPI Jena
Am Anger 30
Telefon: (0 36 41) 81-15 88
Telefax: (0 36 41) 81-15 94

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0949-2828



Polizei-Vertrauensstelle kommt

Erfurt (LT) – In der Landtagssitzung am 27. November 2015 hatte der Abgeordnete Raymond Walk (CDU) die Landesregierung nach ihren Plänen zur Einrichtung einer Polizei-Vertrauensstelle gefragt. Hier die Fragen des Abgeordneten und die Antworten von Innenstaatssekretär Udo Götze:

Medienberichten – Die Welt online, 30. Oktober 2015 – zufolge, planen die regierungstragenden Fraktionen, eine sogenannte Polizei-Vertrauensstelle einzurichten. An diese könnten sich Polizisten und Bürger wenden, wenn sie glauben, dass es bei der Polizeiarbeit konkrete Probleme und Missstände gäbe, so die Berichterstattung.

Ich frage die Landesregierung:

1. Hält die Landesregierung die Einrichtung einer solchen Vertrauensstelle für erforderlich und wie begründet sie ihre Auffassung?

2. Welche Möglichkeiten gibt es bislang für Bürger, die Behörden über Probleme und Missstände im Zusammenhang mit der Arbeit der Thüringer Polizei zu informieren?

3. Welche Möglichkeiten gibt es für Polizeibeamte, über Probleme und Missstände innerhalb der Polizei zu informieren?

4. Wie bewertet die Landesregierung die unter Frage 2 und 3 genannten Möglichkeiten?

Staatssekretär Udo Götze beantwortete die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: Ja, die Landesregierung erachtet die Einrichtung einer solchen Vertrauensstelle als wichtig und erforderlich. Hierzu kann ich auch auf meine weiteren Ausführungen zu Frage 4 verweisen. Darüber hinaus darf ich an dieser Stelle auch auf den Koalitionsvertrag aufmerksam machen, der wie folgt formuliert ist: Die Koalition setzt sich für eine Führungskultur in der Polizei ein, deren Ziel es ist, Anregungen und Beschwerden von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten konstruktiv aufzunehmen. Wir beabsichtigen die Einrichtung einer Polizeivertrauensstelle, an die sich sowohl Beamtinnen und Beamte als auch Betroffene wenden können.

Zu Frage 2: Bisher können sich Bürgerinnen und Bürger mit Problemen und/oder Missständen unmittelbar an die örtlich zuständige Polizeibehörde, die übergeordnete oder



MdL Raymond Walk

Foto: CDU



StS Udo Götze

Foto: TMIK

oberste Polizeibehörde wenden. Unabhängig davon besteht zudem die Möglichkeit, sich direkt an den Petitionsausschuss im Thüringer Landtag sowie den Beauftragten bei der Landesregierung zu wenden.

Zu Frage 3: Das Beschwerde- und Konfliktmanagement in der Thüringer Polizei ist zuallererst eine permanente Führungsaufgabe der jeweils höherrangigen Vorgesetzten sowie der personalvertretenden Stellen, zu deren Aufgabe auch die Lösung von Konflikten gehört. Außerdem stehen weitere Möglichkeiten offen. Ich nenne hier beispielhaft: Personalvertretungen, die mit ihren weit reichenden

Initiativ- und Beteiligungsrechten Diskriminierungsverbote überwachen sowie Anregungen und Beschwerden von Beschäftigten entgegennehmen; Vertrauenspersonen, die sich speziell um die Belange, Interessen und Probleme von Beschäftigten mit Behinderungen sorgen; Gleichstellungsbeauftragte, die sich insbesondere um die Lösung oder Vermeidung von geschlechterabhängigen Konflikten sorgen.

Zu Frage 4: Mit der Errichtung einer Polizeivertrauensstelle können sich sowohl Bürger als auch Polizeibeamte mit ihren Anregungen und Problemen direkt und ohne Beachtung gegebenenfalls bestehender Hierarchien an eine von der Verwaltung unabhängige Stelle als unmittelbaren Ansprechpartner wenden. Dies begrüßen wir ausdrücklich. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Walk fragte nach: Wurden Personalvertretung, Vertrauenspersonen und Gleichstellungsbeauftragte im Vorfeld der Einrichtung der Polizeivertrauensstelle eingebunden – davon gehe ich aus – und wie haben sich diese Institutionen positioniert?

Der Staatssekretär antwortete: Wir sind gerade dabei, die Polizeivertrauensstelle einzurichten, die organisatorischen Fragen zu klären und in diesem Kontext wird das hier Angesprochene dann auch abgestimmt werden.

Erneute Nachfrage des Abgeordneten: Wie ist die Vertrauensstelle personell besetzt oder was ist vorgesehen und wo ist sie organisatorisch angebunden?

Antwort des Staatssekretärs: Ich habe Ihnen doch gesagt, die Planungen sind noch nicht abgeschlossen und die Beteiligungen werden selbstverständlich erfolgen. Sie können davon ausgehen, dass ich mich regelmäßig in Monatsgesprächen befinde mit Personalvertretung und auch Gleichstellungsbeauftragten und auch da wird das kommuniziert. Was die personelle Ausstattung angeht, kann ich Ihnen momentan nicht sagen, wie wir das konkret ausgestalten werden. Aber ich denke mal, ein höherer Dienst, ein mittlerer Dienst dürften so die Mindestausstattung sein.

(Quelle: Arbeitsfassung des Plenarprotokolls 6/35)



Stellen Sie sich vor, Polizist zu sein

Rhein-Neckar, 23. November 2015 (red). Die Polizei, genauer, Polizeibeamte sind im Fokus der Kritik nach dem Bundesparteitag der NPD in Weinheim. Ihnen wird „Polizeigewalt“ vorgeworfen. „Unverhältnismäßigkeit“. Die Stimmen der Kritik kommen von antifaschistischer Seite, aber auch aus den Reihen der SPD, der Jusos, der Grünen und Die Linke. Was für ein „falscher Film“ läuft hier eigentlich und wer will wen verarschen?

Stellen Sie sich mal vor, ein Nachbar bittet Sie, etwas zu beaufsichtigen. Dann kommt jemand, spuckt Ihnen vor die Füße, heißt Sie ein Arschloch und noch andere Dinge und geht Sie dann an. Was würden Sie tun? Mal eine Runde Verständnis verteilen? Einen Blumenkranz binden?

Stellen Sie sich vor ...

Stellen Sie sich vor, dass die Regeln klar bekannt sind, warum Sie etwas beaufsichtigen. Warum Sie etwas tun, worauf Sie keinen Bock haben, was Sie aber tun müssen, damit die Regeln eingehalten werden.

Stellen Sie sich vor, Sie seien ein Polizist. Einer, dem qua Verfassung die Ausübung staatlicher „Gewalt“ übertragen worden ist. Und stellen Sie sich vor, dass Sie diese ausüben. Sie sagen an, was geht und was nicht geht. Und Sie wissen, dass Sie verantwortlich sind.

Stellen Sie sich vor, dass Sie mit Menschen zu tun haben werden, die den Staat ablehnen. Und zwar mit Gewalt. Die nichts von dem teilen, an das Sie glauben. Die das aber tun, weil der Staat, den diese Menschen ablehnen, diesen Menschen in gewissem Rahmen das erlaubt, woran Sie glauben.

Und dann stellen Sie sich vor, dass jemand verummmt vor Ihnen steht und „Scheiß-Bulle“ und andere Despekterlichkeiten äußert. Stellen Sie sich vor, dass jemand mit Steinen auf Sie wirft und einkalkuliert, dass Sie verletzt werden. Nicht durch einen blauen Fleck, sondern schwer.

Scheiß-Bullen und der Eid

Stellen Sie sich vor, dass Sie nur ein „Scheiß-Bulle“ sind. Stellen Sie sich vor, dass Sie einen Eid auf die Bundesrepublik Deutschland geschworen haben. Stellen Sie sich vor, dass Sie bei mäßiger (aber sicherer) Bezahlung Ihre körperliche Unversehrtheit riskieren, weil Sie im Einsatz für den Staat sind und irgendein hormongesteuerter Jugendlicher meint, mal eben Art. 2 Grundgesetz ignorieren zu müssen, um

den Scheiß-Bullen zu verletzen. Vollständig unabhängig von Ihrer politischen Überzeugung. Stellen Sie sich vor, dass Sie für Ordnung sorgen müssen und Sie aggressiven Menschen gegenüberstehen, die bereit sind, Sie selbst zu verletzen, nur weil Sie für Ordnung sorgen müssen.

Stellen Sie sich vor, Sie seien Polizist. Wenn Ihnen diese „Vorstellung“ gelingt, haben Sie eine ungefähre Ahnung davon, was Polizisten in diesem Land leisten müssen. Sie haben dann noch überhaupt keine Ahnung davon, was diese Polizisten tatsächlich mehr leisten müssen. Stellen Sie sich vor, welche „Bürokratie“ jeder Einsatz erfordert. Und Sie haben noch keine Vorstellung davon, dass „die“, mit denen Sie häufiger zu tun haben, möglicherweise bessere Rechtsanwälte haben, als Sie und Ihr Arbeitgeber sich leisten können. Es ist kein „blöder Scherz“, sondern eine „Kampfansage“.

Stellen Sie sich vor, dass Sie in einen Einsatz geschickt werden, bei dem von vorneherein klar ist, wer die „Arschkarte“ hat. Stellen Sie sich vor, dass Sie öffentlich in erheblichem Maß als „Gewalttäter“ dargestellt werden – auch, wenn Sie gar nicht im Einsatz waren.

Und wenn Sie im Einsatz waren: Stellen Sie sich vor, wie es danach ist. Sie, der Sie „Faschisten beschützt“ haben, stundenlang gesichert haben, beschimpft worden sind, in den Einsatz mussten, durchgreifen mussten. Stellen Sie sich vor, wie Sie nach all diesem Hass, der Konfrontation mit Ihrer Frau, Ihrem Mann und Ihren Kindern „heile Welt“ erleben. Stellen Sie sich das vor, was Polizisten aushalten müssen.

Scheiß-Überzeugung?

Stellen Sie sich vor, dass Sie, ob-

wohl Sie für sich absolut überzeugt vom Rechtsstaat sind und diesen mit Ihrem Einsatz, körperlich wie geistig, verteidigen wollen, von sehr vielen Menschen gehasst werden. Stellen Sie sich vor, jemand fragt Sie: „Woher kommt der Hass?“ Und Sie sagen ehrlich: „Keine Ahnung, der ist einfach da.“ Dann wissen Sie vermutlich, wovon Sie reden. Vermutlich sind Sie Polizist.

Stellen Sie sich vor, dass Sie gut damit zurechtkommen, weil Sie viele Erklärungen haben – Jugend, die suchen noch Orientierung oder Ähnliches. Das müssen Sie sich nicht vorstellen als Polizist. Das ist so.

Stellen Sie sich vor, dass Sie und Ihr Einsatz für den Rechtsstaat systematisch und institutionell missachtet werden und Sie persönlich als einer von vielen in immer härteren Auseinandersetzungen „Ihre Haut“ riskieren. Dann ist das eine treffliche Beschreibung der Situation.

Danke – an alle

Ich bedanke mich bei sehr vielen Polizeibeamten, die den Kontakt gesucht haben und Ihre „Befindlichkeiten“ vertrauensvoll geäußert haben. Kein Beamter hat die NPD gerne „beschützt“, aber alle haben Art. 8 GG verteidigt. Meinen Respekt dafür. Kein Beamter hat einen Faschisten beschützt, sondern alle Beamten das Grundgesetz. Und auch Art. 5 GG wurde hervorragend geschützt.

Ich war als Reporter schon auf vielen Demos – im In- und Ausland. Ich war in Krisengebieten. Im Ausnahmezustand. Und es ist für mich unvorstellbar, dass ein „schwarzer Block“ durch Kairo oder Damaskus marschiert, Polizisten provoziert und hinterher über soziale



Dienstgebäude des Einsatzzuges des PP Mannheim.

Foto: Mohr



EINSATZ

Netzwerke jammert, wie „schlimm“ die selbst provozierte „Polizeigewalt“ war. Dort hätte der „schwarze Block“ eine Gewalt erlebt, von der diese jugendlichen Verwirrten keine Ahnung haben. Dort wären viele hinterher tot gewesen. Dort hätte es keine geordneten Verfahren gegeben.

Wo bleibt die Bestätigung?

Ich stelle mir vor, dass die Polizei für die Verteidigung von Grundrechten gelobt und verteidigt wird. Ich stelle mir vor, dass die Landtagsabgeordneten Gerhard Kleinböck (SPD), Hans-Ulrich Sckerl (Grüne) und Georg Wacker (CDU) die Polizisten für ihren selbstlosen Einsatz loben und wertschätzen. Ebenso erwarte ich Wertschätzung durch die Stadt und ihre Vertreter, insbesondere Oberbürgermeister Heiner Bernhard (SPD) und Dr. Torsten Fetzner, Erster Bürgermeister. Stellen Sie sich vor, dieser Respekt und diese Wertschätzung würde den Polizeibeamten nicht entgegengebracht. Wofür sollten die sich in Zukunft einsetzen?

Und ich erwarte von Jusos und anderen Jungorganisationen ebenso ein kritisches, aber respektvolles und verant-

wortliches Verhalten. Stellen Sie sich einen „Juso“ vor, der einem ihm unbekanntem Polizeibeamten „aus Prinzip“ sagt – alle Polizisten sind Bastarde. Stellen Sie sich das vor. Als Polizist. Als Provokateur. Als Bürger. Als Mensch.

Polizisten sind Menschen – wer weiß das schon?

Stellen Sie sich mal vor, dass Polizisten „Staatsdiener“ sind, die handeln müssen. Und weiter stellen Sie sich vor, dass Polizisten auch Menschen sind. Privat und mit Gefühlen. Stellen Sie sich vor, dass wir mit vielen Polizisten reden. Und stellen Sie sich vor, dass die allermeisten für ihre Aufgabe glühen. Aber stellen Sie sich auch vor, dass viele große Sorgen haben, weil sie nicht wissen, wie sie „das alles schaffen“ sollen. Und dann stellen Sie sich vor, wie Leute vor Ihnen stehen, die „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten“ grölen. Dumm. Ahnungslos. Provokant. Gewaltbereit.

Stellen Sie sich vor, dass Sie gerade in der Nacht zuvor in einer Flüchtlingsunterkunft Streit geschlichtet haben. Danach ein Verkehrsunfall. Dann eine Schlägerei von Besoffenen. Dann ein Familiendrama, Kinder in Angst. Und

dann eine Dienstaufsichtsbeschwerde auf dem Tisch, weil Sie jemanden nicht in eine Straße gelassen haben.

Stellen Sie sich all das vor. Und dann überlegen Sie sich, was für Leute das sind, die gerne Polizisten sind. Und dann stellen Sie sich vor, wie Sie darauf reagieren würden, wenn Ihnen jemand so die Hauswand der Arbeitsstätte vollmüllt. Sie zum Nazi macht. Sie vorsätzlich verunglimpft, weil Sie an den Rechtsstaat glauben und ihn verteidigen. Stellen Sie sich vor, Sie seien Polizist. Von Ihnen wird erwartet, dass Sie das „wegstecken“. Das tun Sie – selbstverständlich. Und stellen Sie sich vor, dass immer weniger vor Ihrer Haltung Respekt haben. Dann wissen Sie, was es heißt, Polizist zu sein.

Wir haben Respekt. Und wir gehen davon aus, dass auch die meisten unserer Leser/-innen froh sind, dass es diese aufrechten Menschen gibt, deren Job es ist, Polizist zu sein.

(Anm. d. Red.: Den Artikel veröffentlichen wir mit freundlicher Genehmigung der GdP Baden-Württemberg. Der Artikel bezieht sich zwar auf eine dortige Veranstaltung, die gleiche Diskussion haben wir aber auch in Thüringen nach jeder rechten Veranstaltung.)

AUS DEN KREISGRUPPEN

Leuchtende Kinderaugen

Nordhausen (DB). Am 5. 12. 2015 fand wieder eine Kinderweihnachtsfeier am Standort der LPI Nordhausen statt. Die Organisation hierbei lag in Händen der IPA Nordhausen und der GdP Kreisgruppe Nordthüringen.

Natürlich waren alle Beschäftigten mit Kindern und Enkeln gern gesehen. Um hier auch eine entsprechende Räumlichkeit zu finden, war schnell geklärt, sie wird für alle Beschäftigten am Standort Nordhausen durchgeführt. Die Veranstaltung wurde deshalb im Casino der Landespolizeiinspektion durchgeführt. Die Veranstalter freuten sich über die rege Teilnahme, was sie bestärkt, die Weihnachtsfeier im kommenden Jahr auch wieder auf den Terminplan zu schreiben!

Mit insgesamt zwölf Kindern und 16 Erwachsenen fand die Kinderweihnachtsfeier großen Anklang. Auf alle kleinen Gäste wartete ein abwechslungsreiches Programm mit Kinderschminken und einer kleinen Baste-

leck. Dazu an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an Monique, Jeannine und Sophie.

Höhepunkt der Veranstaltung war, wie kann es anders bei einer Weihnachtsfeier sein, der Besuch des Weihnachtsmannes. Dieser ließ das Herz eines jeden Kindes im Raum höher schlagen, ob nun vor Aufregung oder doch ein bisschen aus Angst davor, im schwarzen Buch des Weihnachtsmannes zu stehen. Weihnachtsmann „Ulli“ verteilte reichlich Geschenke und ließ es sich nicht nehmen, dafür auch ein Gedicht oder Lied abzuverlangen.

Nach dem Besuch des Weihnachtsmannes konnten sich die großen und kleinen Gäste in einer lockeren Atmosphäre und in gemütlicher Runde noch austauschen und bei Kaffee, Ka-

kao und Weihnachtsgebäck den Nachmittag beenden. Die Kinder freuten sich über Ihre Geschenke und die Eltern und Großeltern waren begeistert zu sehen, wie die Kinderaugen leuchteten. Die Vorstände der IPA Nordhausen e.V. und der KG Nordthüringen der GdP sind zufrieden und freuen sich über eine gelungene Veranstaltung. Ausdrücklich dankten die Organisatoren den freiwilligen Helfern dieser Veranstaltung, ohne deren Hilfe dieser Nachmittag nicht so schön gelungen wäre!



Begrüßung durch den stellv. KG-Vorsitzenden Daniel Braun (l.). Foto: NTH



Schiller hätte das wohl auch gefallen

Suhl. Am 10. Dezember 2015 konnten vom Seniorenvorstand und vom Kreisgruppenvorstand Suhl der GdP 70 Gäste in der rustikalen Theaterscheune des kleinen Örtchens Bauerbach zur Weihnachtsfeier begrüßt werden.

Einige Teilnehmer hatten zwar Probleme den Veranstaltungsort auf Anhieb zu finden, aber nicht umsonst waren sie ja mal bei der Polizei. So war die Scheune bis zum Veranstaltungsbeginn, 14 Uhr, fast bis auf den letzten Platz besetzt.

Wie jedes Jahr war auch diesmal der Leiter der LPI Suhl, Polizeidirektor Wolfgang Nikolai, auf ein Wort mit den alten Kolleginnen und Kollegen vorbeigekommen. Diesmal muss man ihm das besonders hoch anrechnen, da aus seinen Ausführungen ersichtlich war unter welchen enormen Druck die Kolleginnen und Kollegen in der jetzigen Zeit ihren Dienst verrichten. Er konnte daher auch nicht zum gemütlichen Teil mit Kaffee und Kuchen bleiben, da schon die nächsten Termine anstanden.

Rosemarie Fickel, die Bürgermeisterin von Bauerbach, ließ es sich ebenfalls nicht nehmen, die Runde persön-

lich willkommen zu heißen und machte darauf aufmerksam, dass Bauerbach das ganze Jahr über einen Besuch wert sei – schon wegen der kulturellen Vergangenheit und Gegenwart.

Wenn ich jetzt schreiben würde „bei Kaffee und Kuchen wurde mittels einer Power-Point-Präsentation das Jahr 2015 im Rückblick betrachtet“, würde das nur bedingt stimmen. Das mit dem Jahresrückblick schon, aber nur einfach Kaffee und Kuchen ist eine glatte Untertreibung. Teller mit Stollen standen auf den Tischen und auf einem extra Büfett lud eine große Auswahl an Torten und verschiedenen Kuchen zum Schlemmen ein.

Um 15 Uhr erschien noch ein besonderer Gast. Es war Frau Henriette von Wolzogen, welche uns zu einem Ausflug in die Vergangenheit mitnahm und die Zeit des Aufenthaltes des Dichters Friedrich Schiller in Bauerbach lebendig werden ließ. Wir dankten der guten Frau und gaben ihr zum Schutz und zur Erbauung einen GdP Teddy und noch einige andere Präsente mit.

Nach diesem kulturellen Leckerbissen wurde es noch mal offiziell und die anwesenden Kolleginnen und Kollegen, welche in diesem Jahr 25 Jahre Mitglieder der GdP waren, erhielten

aus den Händen der Kreisgruppenvorsitzenden Marieta Lindner die Urkunden und ein Tonrelief (Unikat) als Ehrung.

Die Zeit verging wie im Fluge, man hatte sich viel zu erzählen, es wurden alte Erinnerungen ausgetauscht und auch die Diskussionen über das aktuelle Zeitgeschehen kam nicht zu kurz. Viele Teilnehmer, die sich so nach und nach wieder auf den Heimweg machten, brachten ihre Freude über die gelungene Veranstaltung zum Ausdruck. Selbst am nächsten Tag erhielt ich noch Anrufe dazu. Diesen Dank kann ich nur weiterleiten an das Team des Vereins „Kinderwelt e.V.“ Bauerbach, deren Fleiß und Engagement diese schönen Stunden ermöglichten.

A. Schauseil



Foto: Schauseil

Bernd Hanft ist jetzt Seniorenchef in Saalfeld

Saalfeld (sw). Am 16. Dezember 2015 fand die vom Anfang Dezember verschobene Jahresveranstaltung in Eyba statt. Grund für die Verschiebung war die Verabschiedung von unserem langjährigen Leitungsmitglied, verdienten Gewerkschafter und zweifachen Buchautor Gerhard Mörke, der uns für immer verlassen hat.

Zum Beginn der Veranstaltung wurden die Verstorbenen mit einer Gedenkminute gewürdigt. Es wurde Rückblick gehalten und auf die vielen Veranstaltungen verwiesen, die 2015 durchgeführt wurden. Der Veranstaltungsplan wurde bis auf eine Veranstaltung realisiert, die aus naturtechnischen Gründen abgesagt werden musste, auch wenn statt der Waldpil-

ze Schokoladenpilze gesucht wurden. Allen Mitgliedern der Leitung der Seniorengruppe wurde dafür Dank gesagt. Darüber hinaus wurde dem vorgeschlagenen Veranstaltungsplan für das Jahr 2016 zugestimmt. Gleichzeitig wurde die bisherige Leitung für ihre Arbeit entlastet.

Im Weiteren stand die Wahl einer neuen Leitung der Seniorengruppe auf der Tagesordnung. Der bisherige Vorsitzende der Seniorengruppe, der die Seniorengruppe vierzehneinhalb Jahre geleitet hat, stand für diese Funktion nicht mehr zur Verfügung, und darüber hinaus musste für Gerhard Mörke Ersatz gefunden werden. Nach einer heißen Diskussion wurden zu den bewährten Leitungsmitgliedern zwei neue Kandidaten gefunden.

Zur Wahl standen Ursula Bork, Karin Großmann (neu in der Leitung),

Bernd Hanft, Erich Hüttenrauch, Ulli Köhler (neu in der Leitung) und Siegfried Wäntig. Die vorgeschlagenen Kandidaten wurden einstimmig gewählt. Aus diesem Kreis wurde Bernd Hanft als neuer Seniorenvorsitzender der Kreisgruppe Saalfeld gewählt. Dem bisherigen Vorsitzenden wurde Dank und Anerkennung für seine langjährige Arbeit entgegengebracht.



Foto: Bhanft



Golfen und Wandern

Blankenhain (HB). Im Herbst erlebten die Senioren der Seniorengruppe Erfurt einen Ausflug der besonderen Art. Erstes Ziel war das Spa & Golf Resort Weimarer Land in Blankenhain. Anschließend ging es noch über Müllershausen zum Carolinenturm.

GdP-Senior Norbert Naperkowsky organisierte die Besichtigung der Golfanlage Weimarer Land, wo wir schon erwartet wurden. Der Cheftrainer Thomas Mönch stand schon für uns bereit und führte uns über die herrliche Golfanlage. Auch Teile des dazugehörigen Golf-Hotels konnten wir besichtigen. Die Anlage verfügt über zwei 18-Loch-Golfplätze und einen

Drei-Loch-Übungsplatz. Anschließend führen wir zur Waldgaststätte Müllershausen, am Fuße des Kötschberges gelegen. In gemütlicher Atmosphäre gab es Mittagessen. Auf der Speisekarte stehen leckere Fisch- und Wildgerichte, es finden sich Speisen aus der Thüringer Küche und der Kuchen ist eine Wucht.

So gestärkt ging es mit einer kleinen Wanderung zum Carolinenturm weiter. Der Turm gehört zu einer Gruppe von Aussichtstürmen, benannt nach den Frauen des ehemaligen Weimarer Herrscherhauses. Es handelt sich um den Carolinenturm auf dem Kötsch bei Blankenhain, den Marienturm auf dem Kickelhahn bei Ilmenau und den Paulinenturm auf dem Adelsberg bei Bad Berka. Zur Aussichtsplattform des 26 m

hohen und aus Mechelrodaer Kalkstein bebauten Carolinenturms führen 106 Stufen. Die Aussichtsplattform bietet bis zu 25 Personen Platz. Es erwartete uns ein wundervoller Rundblick in die Thüringer Ebene, zum Ettersberg, nach Weimar, zu den Jenaer Saalebergen und Richtung Thüringer Wald. Bei sehr guter Sicht sind im Norden der Kyffhäuser und Brocken und im Westen der Inselsberg zu sehen.

Auch unterhalb des Turmes war die Aussicht beeindruckend für alle diejenigen, die nicht zum Turm aufsteigen wollten oder konnten. Zurück in der Waldgaststätte Müllershausen, ließen wir den Tag mit Kaffee und Kuchen ausklingen. Mit vielen schönen Eindrücken traten wir dann die Heimreise an.

Weihnachtsfeier hat Tradition

Jena (jf). Die Weihnachtsfeier der Senioren der Kreisgruppe Jena der GdP hat inzwischen Tradition. In diesem Jahr waren wieder mehr als 40 Seniorinnen und Senioren der Einladung gefolgt. Als Gäste hatten sich der amtierende Leiter der LPI Jena, Polizeidirektor Willi Baumgarten, und Landesseniorenvorsitzender Dieter Johannes eingefunden.

Jürgen Fuhrmann begrüßte die Senioren und die Gäste. Er zog ein kurzes Resümee über die Arbeit im zurückliegenden Jahr und stellte die Eckpunkte für das Programm für 2016 vor. Im Februar 2016 werden die Senioren einen neuen Vorstand wählen. Neben vielen anderen Veranstaltungen dürfte die Busfahrt vom 4. bis 9. September 2016 nach Nordfriesland zu den Höhepunkten zählen.

Polizeidirektor Willi Baumgarten informierte über die Arbeit der Landespolizeiinspektion. Neben dem Tagesgeschäft zur Kriminalitätsbekämpfung und zur Zurückdrängung des Verkehrsunfallgeschehens sei auch die Einsatzbelastung gleichbleibend hoch. Dazu kamen im Jahr 2015 noch die Sicherung von Flüchtlings- und Asylbewerberunterkünften und eine starke Belastung durch Veranstaltungen wegen THÜGIDA und entsprechende Ge-

genveranstaltungen. Mit alledem komme die Polizei immer näher an ihre Belastungsgrenzen. Daneben seien auch polizeiinternen zusätzliche Aufgaben zu bewältigen gewesen. Baumgarten nannte beispielhaft das Baugeschehen am Standort Jena, die durchgeführte Beurteilungskampagne und die Vorbereitung der Beförderungen.

GdP-Landesvize Edgar Große berichtete über gewerkschaftspolitische Aufgaben im Land und in der Kreisgruppe. Er trat dabei insbesondere Versuchen von Flüchtlings- und Asylgegnern entgegen, mit denen bewusst Ängste in der Bevölkerung geschürt und Flüchtlinge und Asylanten verunglimpft würden. Die Menschen in Deutschland würden mit einer Flut von Gerüchten und Halbwahrheiten überschüttet, die alle sehr einleuchtend klingen, einer praktischen Überprüfung aber kaum standhielten. Er nannte dabei als Beispiel die Ziegen aus dem egapark in Erfurt, die angeblich schon mehrfach von Flüchtlingen geschlachtet und gegessen worden sein sollten oder Gerüchte, wonach Handelseinrichtungen Geld bekämen, wenn sie Diebstahlshandlungen von Ausländern nicht anzeigten. Große plädierte dafür, die Maßnahmen des Staates und der Kommunen zu unterstützen, um die Flüchtlinge erfolgreich zu integrieren. Die Integration könne aber

nur gelingen, wenn Flüchtlinge bereit seien sich zu integrieren. Dies betreffe in erster Linie unsere Wert- und Moralvorstellungen.

Dieter Johannes berichtete über die Arbeit der Landesseniorengruppe. Es gäbe ein großes Interesse der Senioren an einer regen Verbandsarbeit. Zudem würden von der Seniorengruppe auch diverse Gewerkschaftsveranstaltungen unterstützt und mitgestaltet. Beispielformal nannte Johannes die Tarifaussensetzungen, die Einsatzbetreuung und die Arbeit und den Unterhalt der Geschäftsstelle. Johannes empfahl den Jenaer Senioren, die Ehepartner noch stärker in die Seniorenarbeit einzubeziehen.

Bei Kaffee und Kuchen, Bier und Bratwurst gab es dann noch rege Gespräche unter den Senioren und mit den Gästen.



Foto: Große





Betriebliches Gesundheitsmanagement in ...

... Sachsen

Das körperliche, geistige und soziale Wohlbefinden der Bediensteten ist eine wesentliche Voraussetzung für effektives und effizientes Verwaltungshandeln. Dem kommt bei steigenden berufsbedingten Anforderungen aufgrund des Strukturwandels in der Arbeitswelt (Arbeitsverdichtung, Termindruck, zunehmende Komplexität der Arbeitsprozesse) und der demografischen Entwicklung eine zunehmende Bedeutung – auch in der sächsischen Polizei – zu. Mit dem strukturierten Behördlichen Gesundheitsmanagement (BGM) sollen die Arbeitssicherheit und die Gesundheit der Bediensteten der sächsischen Polizei erhalten und gefördert werden. Der behördliche Gesundheits- und Arbeitsschutz soll künftig verstärkt dahin wirken, dass die Bediensteten in jeder Phase ihres Berufslebens leistungsfähig bleiben. Durch gesundheitsfördernde Bedingungen sollen die Anwesenheitszeiten der Bediensteten erhöht und die Integration gesundheitlich beeinträchtigter Bediensteter verbessert werden. Allerdings können Maßnahmen nur im Rahmen der vorhandenen Ressourcen umgesetzt werden. Dazu gehören einerseits die personellen Möglichkeiten und andererseits die finanziellen Rahmenbedingungen. BGM – ein Thema, das sowohl im Interesse der einzelnen Bediensteten als auch im Interesse der Dienststellen und Vorgesetzten liegen sollte. Gesundheit und Motivation lassen sich nur in einem guten Arbeitsklima und bei einem bewussten Umgang mit Fragen der körperlichen und geistigen Fitness erhalten. Hier ist also jeder Einzelne aufgerufen, mitzuwirken! Das BGM soll als neuer Baustein in der Personalentwicklungskonzeption einen Platz finden, den es in Zukunft gilt mit Leben zu füllen. Ein erster Schritt in die richtige Richtung wäre getan, wenn die Abteilung 3 des SMI sich wieder einmal mit dem Thema befassen würde und das Gespräch mit dem P-HPR in dieser Sache suchen würde! Die Gesundheit unserer Kolleginnen und Kollegen geht uns alle an! Tun wir was dafür – gemeinsam!

Christin Gerull

... Sachsen-Anhalt

Bereits 2004 wurde in Sachsen-Anhalt das Gesundheitsmanagement in der Landespolizei (GiP) eingeführt. In den ersten Jahren als Projekt, inzwischen in einen Landesarbeitskreis (LAK) überführt. Die erreichten Ergebnisse sind in drei Gesundheitsberichten beschrieben.

Das GiP befasst sich seit Jahren mit den Ursachen und Auswirkungen des Arbeitsunfähigkeitsgeschehens in der Landespolizei. Die Ursachen, die für die Problementwicklung verantwortlich gemacht werden, sind u. a. die wachsenden Anforderungen, ungelöste Konflikte mit Vorgesetzten, unzureichende oder als schlecht empfundene persönliche Arbeitsbedingungen und vieles andere mehr. Als Ursachen, die von außen bestimmt sind, werden die Folgen knapper Haushaltskassen, der Stellen- und Personalabbau, zunehmende Überalterung und typische Zivilisationskrankheiten genannt.

Die GdP verkennt nicht, dass in den Bereichen des GiP, wie Erstellung von Gesundheitsberichten, Auswertung des Führungsverhalten; Umsetzung des Betrieblichen Eingliederungsmanagements und Elemente der Verhaltensprävention einiges erreicht worden ist. Auf diesen Gebieten ist die Arbeit des LAK fortzusetzen.

Unter Beachtung der vorangestellten Fakten und Wertungen sollten zukünftig u. a. folgende strategischen Aufgaben in den Mittelpunkt der Arbeit des LAK rücken. Eine deutliche Verbesserung der Verhältnisprävention, die Verbesserung des Führungsverhaltens, Sport in der Polizei, Arbeitsschutz, präventive Gesundheitsfürsorge, gesunde Ernährung, Suchtprävention und Stressmanagement

Dies wird allerdings nicht funktionieren, wenn dafür nicht die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Uwe Petermann

... Thüringen

Gesundheitsförderung ist genauso wie die Unfallverhütung eine gesetzlich festgelegte Aufgabe des Arbeitgebers und keine freiwillige Leistung. Das betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) als Teil des Personalentwicklungskonzeptes soll alle Maßnahmen erfassen und realisieren, die der Erhaltung und Verbesserung der Gesundheit aller Beschäftigten der Thüringer Polizei dienen. Ziel ist die Verbesserung der Arbeits- und Einsatzfähigkeit. Dass dies kein leichtes Thema ist, zeigt der lange Zeitraum, um dafür geeignete Rahmenbedingungen zu erlassen. Das Bemühen der Führungsverantwortlichen war in der Vergangenheit nicht immer erkennbar. Das Gesundheitsmanagement muss sowohl von den Vorgesetzten als Führungsaufgabe, als auch von den Mitarbeitern als Chance verstanden werden, gesundheitliche Risiken zu minimieren und damit die Lebensqualität zu erhöhen.

Seit 2008 wird an unterschiedlichsten Vorschlägen und deren Umsetzung gearbeitet. Im Juli 2013 wurde ein „Projekt Arbeitsmedizinische Vorsorge in der Thüringer Polizei“ beauftragt. Mit den Erkenntnissen aus den vorherigen Projekten wurde ein Konzept zur Vorsorge und Beratung erarbeitet und mit organisatorischen und personellen Rahmenbedingungen unterlegt. Auch die jahrelang landesweite unterschiedliche Umsetzung des Betrieblichen Eingliederungsmanagements (BEM) wurde im Rahmen der Polizeistrukturen vereinheitlicht. Soziale Unterstützung am Arbeitsplatz erfordert entsprechende organisatorische Strukturen. Jegliche Bemühungen wie Gesundheits- und Präventions-sport, mitarbeiterorientiertes Führungsverhalten, soziale Unterstützungsgremien oder verhältnisbezogene Maßnahmen werden verpuffen oder nur wenig Wirkung erzielen, so lange es kein abgestimmtes Informations- und Handlungskonzept gibt.

Monika Pape

